



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 14.09.2011

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Mittwoch, 21. September 2011, um 17:00 Uhr,  
Gemeinschaftsraum (KIEZ) Sauerland, Föhler Str. 74/5, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
2. Kinder-Eltern-Zentrum (KIEZ) und Jugend- und Vereinsarbeit im Sauerland
3. 10-F-03-0040 ANLAGE

Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.12.2010* -

#### 4. 11-F-33-0025

Altenpflege

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 14.9.2011 -

Der Pflegebericht des Sozialdezernates (2004) zeigt auf, dass in der ambulanten und stationären Pflege bis zum Jahr 2015 insgesamt 151 Vollzeitstellen zusätzlich zu besetzen sind. Schon jetzt wird zudem von einem Pflegenotstand in der Altenpflege berichtet.

Da wir auch künftig auf eine qualifizierte Altenpflege im ambulanten und stationären Bereich angewiesen sind wird der Magistrat gebeten, gemeinsam mit den lokalen Akteuren der Altenpflege Ziele und Maßnahmen zu entwickeln, um dem drohenden Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird des Weiteren gebeten, zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Zugang zur Altenpflegeausbildung zu erleichtern?
2. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Zahl der Schul- und Ausbildungsplätze in der Altenpflege zu erhöhen?
3. Welche der unter 1. und 2. aufgeführten Maßnahmen sollen fortgesetzt werden?
4. Welche Maßnahmen im Einflussbereich des Magistrats sind zusätzlich geeignet, um dazu bei zu tragen, dass die Altenpflegeausbildung als Berufsperspektive eine stärkere Bedeutung erhält?
5. Welche zusätzlichen Maßnahmen sind aus Sicht des Magistrates notwendig, um die qualifizierte personelle Ausstattung in der Altenpflege nachhaltig zu sichern?

#### 5. 11-F-08-0038

Dioxinbelastung von Sportplätzen

-

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 14.9.2011 -

Wiederholt war die Problematik bei der Nutzung von Ascheplätzen/"Hartplätzen" Thema in verschiedenen Ortsbeiräten und fand ihren Niederschlag in Presseberichten. Auch Anträge und Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung und in ihren Ausschüssen hatten diese Problematik zum Gegenstand. Bekanntlich besteht insbesondere auf Plätzen, bei denen „Kieselrot“ als Belag Verwendung fand, ein gesundheitliches Risiko durch Dioxinbelastung.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

1. Bei welchen Sportplätzen (in städtischem Eigentum) handelt es sich um „Ascheplätze“/„Hartplätze“?
2. Für welche dieser Plätze ist eine Umwandlung in Kunstrasenplätze vorgesehen? Zu welchem Zeitpunkt?
3. An welchen Schulen fällt gegenwärtig Sportunterricht aus bzw. werden schulnahe Sportplätze nicht bzw. nicht mehr genutzt aufgrund (insbesondere gesundheitlich) bedenklicher Staubentwicklung?
4. Hinsichtlich welcher Sportplätze sind dem Magistrat Klagen von Schulen oder Vereinen diesbezüglich bekannt?
5. Ist der Magistrat bereit hinsichtlich der noch vorhandenen Ascheplätze/Hartplätze eine Erklärung abzugeben, dass die Nutzung zum Schul- und Vereinsport gesundheitlich unbedenklich ist?

## 6. 11-F-03-0066

Tagesbetreuung Kindertagesstätten

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.9.2011 -

Gemäß Beschluss Nr. 363 der Stadtverordnetenversammlung vom 1.9.2011 sowie Beschluss Nr. 0559 des Magistrats sollen ca. 1500 Hortplätze von den bestehenden Kindertagesstätten an die Grundschulen zu verlagert werden. Der Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2010/2011 führt 1699 Ganztagshortplätze (inkl. Hortkinder in KGG) (Stand 31.12.2010) in Kindertagesstätten auf.

Der Ausschuss möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten zu berichten:

1. Nach welchen Kriterien entschieden wird, welche der rund 200 übrig gebliebenen Hortplätze an den Kindertagesstätten erhalten bleiben und wie diese Kriterien gewichtet werden.
2. Ob es ggf. bereits Gespräche mit einzelnen Trägern gab, die zu dem Entschluss führten, rund 200 Plätze an Kindertagesstätten zu belassen.

## 7. 11-F-03-0068

Förderung in Kindertagesstätten

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.9.2011 -

In den städtischen und städtisch anerkannten Kindertagesstätten können bedürftige Kinder seit vielen Jahren im Krippen-, Elementar- und Hortbereich eine Bezuschussung von Gebühren und Elternbeiträgen, auf Gewährung von Geschwisterreduzierungen und ggf. Verpflegungskosten gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von 1993 erhalten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Kinder erhalten derzeit eine Förderung im oben genannten Sinne jeweils in den Bereichen Krippen-, Elementar und Hortkinderbetreuung?
2. Wie hoch ist die Förderung in den jeweiligen Bereichen Krippen-, Elementar- und Hortkinderbetreuung bezogen auf die Zuschussempfänger?

## 8. 11-F-03-0067

Tagesbetreuung in Eltern-/Fördervereinen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.9.2011 -

Der Magistrat hat mit Vorlage SV 11-V-40-0015 in 2010 einen Bericht zur Grundschulkindbetreuung in Trägerschaft von Eltern- und Fördervereinen vorgelegt. Ein entsprechender Bericht für 2011 liegt noch nicht vor. Im Vorgriff auf dessen Erstellung halten wir die bisherige Berichtsform für nicht ausreichend, um den tatsächlichen Sachstand in der Betreuung zu ermitteln. Es fehlte bisher eine genaue Aufschlüsselung der tatsächlichen Verhältnisse. Die Stadtverordnetenversammlung hat zudem in ihrer letzten Sitzung die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Ausbau der Grundschulkindbetreuung (Beschluss Nr. 363) beschlossen. Ebenso erfolgte ein Magistratsbeschluss Nr. 0559. Der Magistrat plant ca. 1500 Hortplätze von den bestehenden Kindertagesstätten an die Grundschulen zu verlagern. Den Eltern- und Fördervereinen an den Grundschulen soll durch diese Planung eine immer größere Verantwortung bei der Betreuung von Grundschulkindern auferlegt werden. Für die weitere Bearbeitung sind fundierte Daten unerlässlich.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Eltern-/Fördervereine betreuen aktuell an welchen Schulen wie viele Kinder?
2. Welche Betreuungszeiten bieten die Eltern-/Fördervereine im Einzelnen an? Gibt es auch Betreuung vor dem Unterrichtsbeginn?
3. Wie groß sind die jeweiligen Betreuungsgruppen?
4. Wie viele ausgebildete pädagogische Fachkräfte mit anerkanntem Berufsabschluss werden aktuell in den Eltern-/Fördervereine im Einzelnen mit welchem Stundenumfang beschäftigt?
5. In wie vielen Eltern-/Fördervereinen wird mehr als eine solche Fachkraft beschäftigt?
6. Welche Eltern-/Fördervereine verzichten (Stand heute) auf die Beschäftigung von ausgebildeten pädagogischen Fachkräften mit anerkanntem Berufsabschluss?
7. Wie ist der Personalschlüssel in Bezug auf solche ausgebildete pädagogische Fachkräfte mit anerkanntem Berufsabschluss in den Eltern-/Fördervereinen?
8. Wie viele Eltern-/Fördervereine haben Dritte (z.B. Dienstleister) mit der Durchführung der Kinderbetreuung beauftragt?
9. Welches Personal mit welcher Qualifikation wird von diesen Dienstleistern zur Betreuung der Kinder eingesetzt?

10. Auf welcher pädagogisch-konzeptionellen Grundlage erfolgt die Betreuung von Grundschulkindern in den Eltern-/Fördervereinen? Gibt es hierzu Konzeptpapiere?
11. Welche Kostenbeiträge werden von den jeweiligen Eltern-/Fördervereinen für die Betreuung der Grundschulkindern erhoben?
12. Gibt es eine Gebührenstaffelung bei Eltern-/Fördervereinen nach sozialen Gesichtspunkten? Werden einkommensschwache Familien bei den Gebühren entlastet? Gibt es Gebührennachlass oder Gebührenbefreiung für Geschwisterkinder?
13. Wie ist ggf. das Verfahren bei der Gebührenbefreiung bzw.-reduktion?

## 9. 11-F-08-0039

Spielplatzwärter/Innen auf öffentlichen Spielplätzen der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 14.9.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat soll über folgende Sachverhalte berichten:

1. Wie viele Spielplatzwärter/Innen werden derzeit auf öffentlichen Spielplätzen der Landeshauptstadt Wiesbaden sozialversicherungspflichtig beschäftigt und auf welchen?
2. Wie viele werden durch einen Ein-Euro-Job (Arbeitsgelegenheit) gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) II auf öffentlichen Spielplätzen beschäftigt und auf welchen?
3. Wie viele werden durch ein geringfügiges, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis auf 400,- € Basis auf öffentlichen Spielplätzen beschäftigt und auf welchen?
4. Wie viele Spielplatzwärter/Innen wurden früher auf Grundlage des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) sozialversicherungspflichtig beschäftigt?
5. In wie vielen Fällen wurden früher sogenannte „Spielplatz-Omas- und Opas“ auf 630-DM-Basis beschäftigt?
6. Welche Arbeiten tätigen die Spielplatzwärter/Innen?

## 10. 11-F-08-0040

Weihnachtszuwendung für Kinder im Leistungsbezug nach SGB II bzw. SGB XII  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 14.9.2011 -

Nach SGB II § 11a (Nicht zu berücksichtigendes Einkommen) Abs. 5 gilt: Geschenke und Zuwendungen, die ohne „eine rechtliche oder sittliche Pflicht“ erbracht werden „sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit sie die Lage der Leistungsberechtigten nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären.“

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Alle Kinder im Leistungsbezug nach SGB II und SGB XII erhalten für Weihnachten 2011 eine einmalige Zuwendung in Höhe von 100 €.

**11. 11-A-50-0004**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

**12. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

**1. 11-V-02-0001**

**DL 24/11-1 NÖ**

Dr. Horst Schmidt Kliniken, Monatsbericht Juni 2011

**2. 11-V-20-0048**

**DL 23/11-1 NÖ**

Kassenkredite an die HSK Rhein Main GmbH - Sachstandsbericht

**3. 11-V-20-0049**

**DL 24/11-2**

Investitionscontrolling 2. Quartal 2011

**4. 11-V-20-0051**

**DL 23/11-6**

Nachtrag zum Beteiligungsbericht 2009 - Berichterstattung zum HSK-Konzern

**5. 11-V-51-0042**

**DL 23/11-9**

Zusätzliche Stellen für hauptamtliche Kräfte bei Diensten der "Häuslichen Hilfen"

**6. 11-V-51-0046**

**DL 23/11-10**

SGB II Jahresbericht 2010

**7. 11-V-53-0008**

**DL 23/11-11**

Änderung der Dienstordnung für Leitende Notärzte/Notärztinnen (LNA) und Organisatorische Leiter/Leiterin Rettungsdienst (OLRD) der Landeshauptstadt Wiesbaden bez. der Vergütungen bei Rufbereitschaft

**8. 11-V-53-0009** **DL 23/11-12**

Wahl von ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen gemäß § 7 Hessisches Krankenhausgesetz

**9. 11-V-80-8008** **DL 23/11-15**

Projekt Haushaltsnahe Dienstleistungen ("Alltagsengel") - Verlängerung 2012 bis 2014

**10. 11-V-80-8004** **DL 24/11-10**

Aktivitäten zur Stabilisierung der Bleichstraße; Verlängerung der Beschäftigungsmaßnahme

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Manjura  
Stellvertretender Vorsitzender